

Erörterungstermin zum Vorhaben der Fa. Lang Papier, Ettringen

Eingangsstatement

**Dr. Joachim Herbold – Sprecher des Vereins Gesundes Wertachtal e.V.
Mindelheim, 25.05.2009**

Es gilt das gesprochene Wort

Angesichts der drängenden Umweltprobleme aber auch der gesellschaftlichen Herausforderungen wie Finanzkrise und Arbeitslosigkeit hat sich das Weltbild der Menschen des 21. Jahrhunderts längst gewandelt. Lösungen werden nicht mehr in einer konkurrenzbetonten und allein profitorientierten Wirtschaftsweise gesehen, wie sie der finnische Myllykoski-Konzern propagiert. Gefragt sind heute kooperative, ganzheitliche und vor allem nachhaltige Konzepte, die auch den Generationen nach uns Zukunftsperspektiven geben.

Überall auf der Welt mobilisiert die Unzufriedenheit über den Zustand unseres kostbaren Planeten mehr und mehr Menschen – in Kirchen, Bürgerinitiativen, Parteien und Verbänden. Diese neue Verantwortlichkeit ist auch im Unterallgäu und den angrenzenden Landkreisen angekommen.

Der Widerstand hat eine historische Dimension erreicht

Deshalb sind Sie, meine Damen und Herren, heute so zahlreich hierher gekommen. Sie wollen nicht tatenlos zu sehen, wie in einer der attraktivsten Regionen Deutschlands die drittgrößte Abfallverbrennungsanlage Bayerns mit einer weit hinter den technischen Möglichkeiten zurückbleibenden Rauchgasreinigung gebaut wird.

Deshalb sind beim Landratsamt Unterallgäu 10.900 Einwendungen von schätzungsweise 15.000 Bürgerinnen und Bürger gegen dieses industrielle Großprojekt eingegangen; mit 100 Einwendungen hatte man ursprünglich gerechnet.

Deshalb hat ungefähr jeder dritte bis vierte unmittelbar betroffene Bürger seine Bedenken gegen das Vorhaben offiziell bekundet.

Deshalb sind dem Verein „Gesundes Wertachtal“, in dessen Namen ich Sie herzlich begrüße, bereits 830 Mitglieder beigetreten. Damit gehört unser Verein zu den erfolgreichsten Bürgerinitiativen Deutschlands, die gegen die Genehmigung von Anlagen auf der Basis von Ersatzbrennstoffen eintreten.

Deshalb ist der Widerstand in der Region so groß, so beharrlich und so erfolgreich.

Der Widerstand hat bereits heute eine historische Dimension erreicht. Noch nie zuvor hat es in dieser Region ein derart breites Widerstandsbündnis gegen ein Vorhaben gegeben – aber es hat auch noch nie ein Unternehmen gewagt, ein Vorhaben mit derart großen Risiken für Gesundheit und Umwelt zu planen.

Die Planung: Müll- und Klärschlammverbrennung mit unzureichender Filtertechnik
Beunruhigt sind die Menschen vor allem durch die Größe der Anlage und die ungewöhnliche Brennstoffzusammensetzung, die in dieser Form in Deutschland einmalig ist. Was uns mit großer Penetranz als Heizkraftwerk angepriesen wird, ist im Grunde eine Müll- und Klärschlammverbrennungsanlage.

Setzt die Ettringer Papierfabrik ihre Pläne durch, dann werden ab 2012 im Unterallgäu bis zu 408.000 t Abfälle verbrannt. 40% davon, das sind immerhin 166.000 t, sollen von extern per

LKW nach Ettringen transportiert werden. Ein großer Teil dieser Abfälle hat so geringe Heizwerte, dass sie ohne Zufeuerung gar nicht brennen würden. Die notwendige Feuerungswärme bringen vor allem die 90.000 t sog. Ersatzbrennstoffe. Dabei handelt es sich im Grunde um vorsortierten Haus- und Gewerbemüll, der über Hunderte von Kilometern aus anderen Bundesländern und dem Ausland angefahren wird.

Unkalkulierbare Risiken – doch wer haftet?

Mit dieser Anlage mutet man uns Bürgern unkalkulierbare Umwelt- und Gesundheitsrisiken zu. Mit ihrer Entscheidung für eine Rauchgasreinigung, die weit unter den technischen Möglichkeiten bleibt, nimmt die Firma Lang bewusst den Ausstoß technisch vermeidbarer Emissionen, unter anderem an hochgiftigen Dioxinen und Furanen sowie an krebserregenden Schwermetallen, in Kauf. Allein bei der Summe der krebserzeugenden Stoffe (wie Arsen, Cadmium, Chrom) werden gemäß Modellrechnungen bereits im Regelbetrieb die Grenzwerte, die sich auf den technischen Stand von 1990 beziehen, voll ausgeschöpft.

Dies ist angesichts einer Laufzeit von 30 Jahren unzumutbar und könnte vor allem bei Störfällen das Aus für die hiesige Milchwirtschaft bedeuten. Vergessen wir nicht: Der Landkreis Unterallgäu ist der Landkreis in Bayern, in dem die meiste Milch produziert wird.

Die Störfallrisiken hat die Firma Lang zwar nicht minimiert, aber ihre eigenen Haftungsrisiken – denn sie wird, so ist zu befürchten, die Anlage an eine Betreibergesellschaft übergeben. Diese haftet dann in einem zu den Risiken mehr als bescheidenen Umfang. Die Antragsunterlagen allerdings verschweigen diese Pläne; sie müssen darauf auch keine Antwort geben. Allein dieses Beispiel zeigt uns, wie fragwürdig mit Blick auf die Sicherheit der Bürger dieses Verfahren ist. Wir fordern daher eine Offenlegung, wer in Zukunft der Betreiber sein wird.

Die geplante Rauchgasreinigung gilt als unterster Standard der in Deutschland eingesetzten Filtertechnik. Wir fordern daher, dass das Landratsamt den im Bundesimmissionsschutzgesetz enthaltenen Begriff der Stand der Technik so auslegt, dass er sich an den heutigen technischen Möglichkeiten und an einem vorsorgenden Gesundheitsschutz orientiert.

Dringend geboten: Raumordnungsverfahren mit strategischen UVP

Zudem fordern wir schnellstmöglich die Einleitung eines Raumordnungsverfahrens. Aus unserer Sicht haben sowohl das Landratsamt Unterallgäu als auch die Regierung von Schwaben es unterlassen, angesichts der Größe und der Raumbedeutung des Vorhabens, ein Raumordnungsverfahren anzuordnen. Dieses würde zwingend eine strategische Umweltverträglichkeitsprüfung (SUVP) miteinschließen.

Damit ließe sich zum Beispiel eindeutig die Frage klären, ob angesichts der in der Region vorhandenen kommunalen Entsorgungskapazitäten eine solche Anlage überhaupt notwendig ist. Die Auslastung der bereits vorhandenen kommunalen Anlagen, die auf Wunsch der Bevölkerung im Sinne von Vorsorgewerten mit effizienter Filtertechnik ausgestattet sind, wird durch die Planungen der Firma Lang gefährdet. Solche Verwerfungen können nicht im Interesse der Steuerzahler sein.

Im Umweltausschuss des Bayerischen Landtags (19.02.2009) hieß es dazu: „Hier wird zusätzlich eine gigantische Verbrennungskapazität beantragt, die Auswirkungen auf die Verbrennungskapazitäten in ganz Bayern darstellt sowie eine Gefährdung anderer Anlagen durch einen ruinösen Preiswettbewerb.“

Die Deponie muss in die Umweltverträglichkeitsprüfung einbezogen werden

Für unsere nächste Forderung, meine Damen und Herren, haben wir Unterstützung von der

Europäischen Union erhalten. Auf unsere Anfrage an die EU-Kommission in Brüssel vom März 2009 erhielten wir mit Blick auf die direkt neben der Wertach gelegene, nach unten nicht abgedichtete (1988 stillgelegte) Betriebsdeponie folgende Antwort:

„Nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie müssen die Mitgliedstaaten bis Ende 2009 Bewirtschaftungspläne für die Einzugsgebiete mit entsprechenden Maßnahmenprogrammen erstellen, um bis 2015 einen guten Wasserzustand zu erreichen ...

Bei der Umweltverträglichkeitsprüfung sollte die Frage geklärt werden, ob sich diese Arbeiten (am Bau der neuen Industrieanlage der Firma Lang) negativ auf das örtliche Grundwasser auswirken. Bei der Genehmigung sollten diese Ergebnisse angemessen berücksichtigt und wirksame Maßnahmen zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Gewässer vorgesehen werden.“

Sehr geehrte Frau Back, der Auftrag der EU-Kommission ist eindeutig. Wir bitten Sie, diesen ernst zu nehmen und genau zu prüfen, ob durch die notwendigen Baumaßnahmen die Grundwasserströme sich so verändern, dass von der Deponie Gefahren für das Grundwasser ausgehen. Aus den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen geht leider nicht hervor, ob Sie diesen wichtigen Punkt bereits im Vorfeld berücksichtigt haben. Wir jedenfalls fordern, dass das Gefährdungspotenzial durch die Deponie im Rahmen des Genehmigungsverfahrens gründlich untersucht wird. Dies ist auch deshalb angesagt, da bereits seit Jahrzehnten Belastungen des Grundwassers durch die Deponie aktenkundig sind.

Wir fordern, dass die Vorbelastungen angemessen gewichtet werden. Das Thema Deponie führt zwangsläufig zu der Frage nach den Vorbelastungen in der Region und danach, ob die Firma Lang in Umweltfragen die gebotene Sorgfalt walten lässt. Ich persönlich habe 12 Ordner mit dem – einen Zeitraum von 30 Jahren umfassenden – Schriftverkehr der Firma Lang mit den zuständigen Behörden ausgewertet. Es ging darin um die Sicherheit der Deponie und den Betrieb der Kläranlage. Allein angesichts der Störfälle in der Kläranlage und der auf der Deponie illegal abgelagerten Abfallstoffe habe ich keinerlei Vertrauen darin, dass die Firma Lang ihr neues Müllkraftwerk mit der notwendigen Sorgfalt betreiben würde.

Dies gilt umso mehr, als auch das bifa-Gutachten zu dem Schluss kommt, dass „die vielseitig zusammengesetzte Brennstoffauswahl mit einem niedrigen resultierenden Heizwert eine sorgfältig angepasste Feuerung und eine sorgfältige Bewirtschaftung des Brennstoffs voraussetzt“.

Denken Sie nur daran, dass die Ersatzbrennstoffe auf einem immer knapper werdenden Markt eingekauft werden müssen und die Gewinnchancen umso höher sind, je belasteter der Müll ist. Das beste Beispiel jedoch, dass die Firma Lang alles ausreizt und trotz ihrer Umwelterklärung auf Hochglanzbroschüren wenig Interesse an Umweltschutz hat, belegt das 50 Jahre alte Schwerölkraftwerk, das schon lange nicht mehr den Umweltauflagen entspricht und seit Jahren mit einer Ausnahmeregelung betrieben wird.

So lange wie möglich hat man in Ettringen das Altanlagenprivileg nach § 20 der 13. Bundesimmissionsschutzverordnung in Anspruch genommen und dann auch noch die Dreistigkeit besessen, das neue Müllkraftwerk damit zu vergleichen statt mit dem, was im Jahre 2009 technisch möglich ist.

Zu den Vorbelastungen zählen neben der über 100jährigen industriellen Tätigkeit durch die Firma Lang auch der Wertachtalsender und die noch immer messbare radioaktive Belastung durch den Reaktorunfall von Tschernobyl. Wir fordern, dass diese Vorbelastungen angemessen gewichtet werden.

Durch anerkannte Experten vertreten

Es gäbe noch viel zu den Planungen der Firma Lang zu sagen und wir hoffen, dass das Landratsamt in den kommenden Tagen genügend Zeit einräumt, um alle wesentlichen Aspekte ausführlich zu erörtern. Dafür hat der Verein „Gesundes Wertachtal e.V.“ im Auftrag seiner Mitglieder sich namhafte Experten an die Seite geholt.

Peter Gebhardt, der in den letzten fünf Jahren über 30 solcher Anlagen gutachterlich begleitet hat, ist auf seinem Gebiet einer der gefragtesten Experten in Deutschland.

Dr. Kruse war Leiter der Analytik am Institut für Toxikologie und Pharmakologie der Universität Kiel. Er ist u.a. als Gutachter tätig für gerichtliche Verfahren mit umwelttoxikologisch relevantem Hintergrund. Zudem ist er Mitglied der Kommissionen des Umweltbundesamtes für Humanmonitoring und Innenraumluft.

Rechtsanwalt Wolfgang Baumann ist gerade in Sachen Anlagenzulassungsrecht, insbesondere wenn es dabei um Immissionsschutz- und Abfallrecht geht, ein deutschlandweit gefragter Fachanwalt.

Der Erörterungstermin ist der Termin der Einwender

Ich möchte an dieser Stelle nochmals betonen, wir sind nicht gegen die Firma Lang, sondern gegen ihre Pläne in der jetzigen Form.

Abschließend noch einige Bemerkungen zur Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Unterallgäu, vertreten durch Sie, sehr geehrte Frau Back. Die Vorbesprechungen haben bei uns den Eindruck erweckt, dass wir unliebsame Bittsteller mit wenigen Rechten sind. Schon allein die Sitzordnung, die Sie für die nächsten Tage gewählt haben, unterstreicht dies. Auch dass ich heute im Namen der Bürgerinitiative dieses Statement halten darf, war – im Gegensatz zu dem vorab festgelegten 20minütigen Statement der Firma Lang – keine Selbstverständlichkeit. Ich musste es Ihnen geradezu abringen und – um die Unterschiede zu wahren – ist meine Redezeit auf 15 Minuten begrenzt – und das, obwohl die Erörterung allgemein als Termin der Einwender und nicht der Antragstellerin gilt.

Während die meisten Genehmigungsbehörden in Deutschland heute eine Strategie der Deeskalation verfolgen und die Anliegen der Bürger sehr ernst nehmen, setzt das Landratsamt Unterallgäu auf Konfrontation. So haben Sie, sehr geehrte Frau Back, ohne Rücksprache mit uns, Ihre Experten für die Fragen der Toxikologie auf den Mittwoch geladen. Unserer eindringlich und frühzeitig vorgetragenen Bitte, doch zu berücksichtigen, dass unser Gutachter für Toxikologie gerade an diesem Mittwoch nicht anwesend sein kann, haben Sie sich mit beeindruckender Hartnäckigkeit verschlossen. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie diesen Erörterungstermin möglichst schnell und im Sinne der Antragstellerin abhandeln wollen.

Trotz des Vorgefallenen darf ich Ihnen versichern: Wir setzen auf Kooperation. Der Verein Gesundes Wertachtal hat von Anfang an den Kurs einer sachlich fundierten und seriösen Auseinandersetzung verfolgt. Deshalb ist es uns auch gelungen, ein so breites Bündnis mit allen wichtigen politischen Parteien, mit zahlreichen Kommunen, dem Bund für Naturschutz sowie mit vielen betroffenen Landwirten zu schließen. Wir wollen auch während der Erörterung diesem Kurs, der uns ein hohes öffentliches Ansehen verschafft hat, treu bleiben. Aber nicht um jeden Preis, sehr geehrte Frau Back.

Wir bitten Sie eindrücklich, Ihre bisherige Haltung zu überdenken und wir erinnern Sie, aber auch Herrn Landrat Weihrater, an ihre Fürsorgepflicht für die Bürger sowie an ihre Verantwortung für eine gute Entwicklung des Landkreises Unterallgäus. Es darf doch nicht zur Farce verkommen, dass dieser sich im Wettbewerb der Regionen als Gesundheitsregion positioniert.

Wenn wir heute nach über 15 Monaten Auseinandersetzung in dieser schwierigen Angelegenheit hier stehen, dann nicht, weil wir diesen Konflikt gesucht hätten. Er wurde uns durch die Planungen der Fa. Lang aufgezwungen. Wir haben nicht die finanziellen und

organisatorischen Mittel wie sie der Myllykoski-Konzern als globalisiertes Unternehmen hier einsetzen kann. Aber wir haben ein Urteilsvermögen, das nicht durch wirtschaftliche Interessen beeinflusst ist; wir haben Kreativität und einen Widerstandswillen, der über den heutigen Tag hinaus reicht.

Denn wir sind davon überzeugt, dass es für die Gesundheitsregion Unterallgäu, aber auch die betroffenen Gemeinden in den umliegenden drei Landkreisen einen besseren Entwicklungspfad gibt, als den, den die Firma Lang mit der drittgrößten Abfallverbrennungsanlage Bayerns vorschlägt.

Ein zentrales Motiv für unser Engagement ist das Anrecht der kommenden Generationen auf ein intaktes Lebensumfeld. Wir sind aber auch solidarisch mit allen, deren Arbeitsplätze durch das Vorhaben bedroht sind. Wir denken hier an die Landwirtschaft, aber auch an den Tourismus und das Kurwesen in Bad Wörishofen sowie an die langfristig bedrohten Arbeitsplätze. Denn eine Region, die an Attraktivität verliert, verliert den Zuzug junger Familien, was zu Nachfragerückgängen in allen Bereichen führt.

Der Widerstand in der Region wird weitergehen falls die Fa. Lang ihre kompromisslose Haltung aufrechterhält

Wir wissen heute weder, ob das Landratsamt Unterallgäu den Bau genehmigen wird noch wie sich die Bürger Ettringens am 7. Juni im Rahmen des Bürgerbegehrens zum Bebauungsplan entscheiden werden. Eines ist jedoch heute schon sicher: Der Widerstand in der Region geht weiter, sofern sich die Fa. Lang weiterhin gegenüber den berechtigten Interessen der Bevölkerung nach Gesundheit und intakter Umwelt verschließt und versucht, ihre Pläne auf dem Gesetzesweg kompromisslos durchzusetzen. In diesem Fall – und darüber sollten sich alle Beteiligten im Klaren sein – wird die Fa. Lang Papier ein Synonym für schmutziges Papier, auch wenn es blütenweiß daherkommt.

Mut macht uns hier ein Zitat des DDR- und CDU-Politikers Rainer Eppelmann. Er sagte:

„Die Stasi schätzte mal, wie groß der harte Kern der kirchlichen Friedensbewegung war: es waren nur 500 bis 600 Menschen in der DDR. Das will ich den Jungen sagen: selbst 500 bis 600 Leute können, wenn sie nicht verzweifeln, etwas erreichen! Mir fällt dazu der Satz von Vaclav Havel ein: „Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass eine Sache gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht.“

In diesem Sinne danke ich allen, die den Verein „Gesundes Wertachtal“ heute und in Zukunft unterstützen.